

Schweiz

Blocher handelte zwei Tage zu früh

Der SVP-Politiker genoss gemäss Kommission des Nationalrats vor seiner Vereidigung keine Immunität in der Affäre Hildebrand.

Von Stefan Schürer, Bern

Die Staatsanwaltschaft Zürich soll in der Affäre Hildebrand gegen Christoph Blocher ermitteln können. Dies hat die Immunitätskommission des Nationalrats gestern beschlossen. Die Kommission entschied mit 6:2 Stimmen bei einer Enthaltung, dass sich Blocher trotz Wahl in den Nationalrat für seine Handlungen vor der Vereidigung nicht auf die Immunität berufen kann. Blochers Verhalten nach seiner Vereidigung am 5. Dezember 2011 soll nach dem Willen der Kommission hingegen vom Schutzbereich der Immunität gedeckt sein.

Die Staatsanwaltschaft wirft Blocher eine «strafrechtlich relevante Beteiligung» an der Weitergabe der Kontounterlagen des seinerzeitigen Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand vor. Konkret geht es um ein Treffen Blochers vom 3. Dezember mit Reto T., dem IT-Mitarbeiter der Bank Sarasin, sowie den Thurgauer Rechtsanwalt und SVP-Kantonsrat Hermann Lei. Die beiden unterrichteten Blocher damals über die Devisentransaktionen auf dem Konto von Hildebrand.

Was wurde Reto T. versprochen?

Der mutmassliche Datendieb Reto T. soll später ausgesagt haben, Blocher habe ihm beim Treffen vom 3. Dezember eine Stelle sowie die Begleichung der Anwaltskosten in Aussicht gestellt. Leis Rechtsanwalt Valentin Landmann stellt dies in Abrede. Blocher habe bloss durchblicken lassen, dass er in dieser Angelegenheit an die Aufsichtsbehörde gelangen werde, sagt Landmann auf Anfrage. Geht es nach der Immunitätskommission, soll die Staatsanwaltschaft die Frage nun klären können.



Die Zürcher Staatsanwaltschaft soll gegen Nationalrat Christoph Blocher ermitteln. Foto: Reuters

Keine Ermittlungen lässt die Immunitätskommission hingegen für die Vorgänge vom 27. Dezember 2011 zu. Blocher besprach an diesem Tag mit Hermann Lei das weitere Vorgehen. Die Staatsanwaltschaft wirft Blocher vor, Lei den Gang an die Öffentlichkeit empfohlen zu haben. Blocher bestreitet dies -

und wird auch hier von Valentin Landmann entlastet. Der Entschluss, an die Presse zu gelangen, habe zu diesem Zeitpunkt bereits festgestanden, sagt Landmann. Lei habe Blocher lediglich gefragt, ob die «Weltwoche» eine gute Wahl wäre. Blocher habe dies bejaht, so Landmann.

Für die Immunitätskommission steht Blochers Verhalten am 27. Dezember «in unmittelbarem Zusammenhang» mit seinem Amt als Parlamentarier, weshalb es vom Schutz der Immunität gedeckt werde. Eine Aufhebung der Immunität lehnte die Kommission knapp mit 5 zu 4 Stimmen ab. Für die Mehrheit waren die

Kashya Hildebrand

Keine Reglementsverletzungen

Die Frau des zurückgetretenen Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand hat mit ihren Geldgeschäften keine Regeln verletzt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung, der Revisionsgesellschaft KPMG. Die Überprüfung umfasste alle Devisentransaktionen ab 20 000 Franken und alle übrigen Transaktionen ab 100 000 Franken vom 1. Januar 2009 bis Ende Dezember 2011. KPMG sei dabei auf keine Geldflüsse über die Privat- und Geschäftskonten von Kashya Hildebrand gestossen, die damals geltende Regeln oder Richtlinien verletzt hätten, teilte die Nationalbank gestern mit. (SDA)

Anschuldigungen gegen Blocher zu wenig gewichtig, sagt Kommissionspräsident Heinz Brand (SVP).

Nun geht die Akte Blocher an die Rechtskommission des Ständerats. Diese tagt am 31. Mai. In der zwölfköpfigen Rechtskommission verfügen die Mitteparteien über eine deutliche Mehrheit (4 CVP, 3 FDP, 1 Grünliberaler). Die SVP stellt keinen Vertreter. Verneint die Kommission für die Vorgänge vom 27. Dezember den «unmittelbaren Zusammenhang», steht Blocher gänzlich ohne Immunitätsschutz da. Die Staatsanwaltschaft könnte dann auch betreffend die Ereignisse vom 27. Dezember ermitteln.

Nicht zu erwarten ist, dass die Rechtskommission bezüglich des Beginns des Immunitätsschutzes zu einem anderen Ergebnis gelangt. Die Rechtslage hierzu sei eindeutig, sagt Brand. Dies habe ein Gutachten der Parlamentsdienste ergeben. Die Kommissionsminderheit kritisiert diese Haltung als «formalistisch».

UBS spendet eine Million - SP und Grüne dürften leer ausgehen

Wie die CS will auch die UBS politische Parteien jährlich mit einer Million Franken unterstützen - jedoch nur solche, die sich zur Marktwirtschaft bekennen.

Von Christian Brönnimann, Bern

Nach der Grossbankenschwester Credit Suisse hat gestern die UBS öffentlich gemacht, wie viel Geld sie politischen Parteien ab diesem Jahr zukommen lässt. Der Betrag von einer Million Franken pro Jahr ist bei beiden Geldinstituten derselbe, genauso wie die Ankündigung, die Mittel den Parteien gemäss ihrer Grösse zukommen zu lassen. In einem zentralen Punkt unterscheiden sich die Spendenabsichten allerdings: Während die CS festhält, dass sie Parteien «unabhängig von politischen Programmen und Positionen» unterstützt, wird die UBS nur denjenigen Parteien eine Spende ausrichten, die sich «eindeutig zu Wettbewerb und Marktwirtschaft bekennen».

Welche Parteien damit ausgeschlossen sind, sagt UBS-Sprecher Samuel Brandner nicht. Nur so viel: Es stehe allen Parteien offen, ein Spendengesuch zu stellen. Dieses prüfe die UBS anschliessend. Ausschlaggebend seien die «konstituierenden Dokumente» einer Partei wie zum Beispiel das Parteiprogramm, so Brandner.

«Das grenzt an Korruption»

Somit ist anzunehmen, dass die SP keine Aussichten auf Geld aus dem UBS-Spendentopf besitzt, selbst wenn sie sich durchringen sollte, Bankenspenden anzunehmen. Derzeit läuft ein parteiinternes Vernehmlassungsverfahren zu dieser Frage. Denn gemäss Parteiprogramm wollen die Sozialdemokraten nach wie vor den Kapitalismus überwinden. Auch ob die Grünen dem Kriterium der UBS entsprechen, ist fraglich. Samuel Brandner rechtfertigt die Einschränkung damit, dass die UBS «auf ein wirtschaftliches Umfeld» angewiesen und in der Spendenfrage frei sei.

Von linker Seite kommt harsche Kritik an der Ankündigung der UBS. «Wenn ein Unternehmen Bedingungen an poli-

tische Parteien stellt, grenzt dies an Korruption», sagt SP-Präsident Christian Levrat. Gerade von einer Bank wie der UBS, die von der Politik gerettet werden musste, sei dies «inakzeptabel». Auch die grüne Co-Präsidentin Regula Rytz kritisiert die neue UBS-Spendenpraxis. Damit würden Ungleichheiten in Sachen Parteienfinanzierung explizit noch verstärkt, sagt sie. Sie glaube, die UBS wolle diejenigen Parteien belohnen, die der Bankenwelt unkritisch gegenüberstünden.

Ob die Grünen bei der UBS einen Spendenantrag stellen oder von der CS Geld annehmen werden, ist offen. Sie persönlich sei «sehr skeptisch», sagt Rytz. Als Kompromiss könne sie sich vorstellen, Spenden anzunehmen und an Drittorganisationen wie die Erklärung von Bern weiterzugeben.

Das Modell Raiffeisenbank

Die erste Bank, die ihre Parteispenden offenlegte und an alle Parteien gemäss deren Grösse aufteilte, war im letzten Jahr die Raiffeisen. Ihr Spendenprogramm im Umfang von einer Viertel-million pro Jahr hat der ehemalige CVP-Generalsekretär Hilmar Gernet ausgearbeitet, ein Vorkämpfer für mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung. Die UBS mache nun ebenfalls einen «ersten Schritt in Richtung Transparenz», sagt Gernet. Jedoch kämen die Parteien, die von den UBS-Spenden profitierten, nun unter einen gewissen Rechtfertigungsdruck. Sie müssten erklären, dass sie von der UBS Gelder angefordert hätten, so Gernet.

In bürgerlichen Kreisen wird die Ankündigung der UBS dennoch wohlwollend aufgenommen. Er hoffe, dass weitere Unternehmen den Grossbanken folgen würden, sagt CVP-Generalsekretär Tim Frey. Für die Parteien, die auf Spenden angewiesen seien, komme die aktuelle Entwicklung einer «Revolution» gleich. Auch FDP-Präsident Philipp Müller begrüsst die neue Regelung der UBS. Von einem zusätzlichen «Rechtfertigungsdruck» will er nichts wissen, genauso wenig wie SVP-Generalsekretär Martin Baltisser. Schliesslich sei es Sache der Spender, zu entscheiden, unter welchen Bedingungen Spenden ausgerichtet würden, sagt dieser.

Anzeige

visit ARMANI.COM AR 0371 - AR 0378 • info-line +41 61 560 99 00

EMPORIO ARMANI
The "New Retro" Collection